

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 444

Mittwoch, 23. September 2009

16. Jahrgang

Chixoy, Xalalá ... sind Wasserkraftwerke die Zukunft Guatemalas?

Aufgrund geografischer Eigenheiten ist Guatemala eine interessante Region für die Installation von Wasserkraftwerken. Dies hat aber soziale, kulturelle, ökologische und rechtliche Folgen, wie die *Kopenhagener Initiative für Zentralamerika und Mexiko* (CIFCA) am Beispiel des Berichts *Xalalá – Desarrollo para todos?* demonstriert, und wie es uns auch die Geschichte vom Wasserwerk Chixoy zeigt. Xalalá ist nicht das einzige Projekt hydroelektrischer Energiegewinnung, welches aktuell in Guatemala durchgesetzt wird, ohne dass dabei die Interessen der Bevölkerung berücksichtigt werden und von denen private Firmen wie die spanische *Unión Fenosa* profitieren.

Das Wasserkraftwerk Xalalá ist Teil des historischen Wirtschaftsprojektes im Gebiet der *Franja Transversal del Norte* (FTN) der 70er Jahre, welches heutzutage wieder aufgenommen wird. Die Projekte der FTN stimmen mit den Interessen transnationaler Firmen wie *Basic Resources*, *Shenandoah*, *Texaco*, *Exmibal*, u.a. überein, welche ihrerseits mit den Interessen der guatemalteckischen Oligarchie zusammentreffen, wie z.B. dem Handel mit Ländereien, Holz und Vieh. Xalalá ist ebenfalls Teil des *Sistema de Interconexión Eléctrica para América Central* (SIEPAC), eine elektrische Verbundwirtschaft im Rahmen des ehemaligen *Plan Puebla Panamá* (PPP), der jetzt unter dem Namen *Plan Mesoamérica* weitergeführt wird.

Gelegen am Fluss Chixoy, am Angelpunkt von drei Gemeinden (Ixcán, Uspantan und Cobán), plante die Originalversion des Projekts aus den 70er Jahren die Überschwemmung von mehr als 30 km² Land. Die Planung wurde dann in den schlimmsten Jahren des Bürgerkrieges unterbrochen, aber Mitte der 90er Jahre wieder aufgenommen, unterstützt durch die Wirtschaftsorientierung der Regierung von Oscar Berger (2004-2008), wobei mittlerweile die Elektrizität schon stark privatisiert war. Die letzte öffentliche Version des Projektes Xalalá spricht von einem Stausee von 7.5 km² und einer Leistung von 180 Megawatt, obwohl unbekannt ist, warum weniger Fläche überschwemmt werden soll als in der ersten Version vorgesehen wurde.

Als Gründe für den Bau von Wasserwerken gab die Regierung folgende an:

- wachsende nationale Notwendigkeit, elektrische Energie zu gewinnen,
- hohe Kosten der Energiegewinnung durch Importierung von Erdölderivaten,
- Einnahmen durch Export der gewonnenen Energie in Nachbarländer,
- Entwicklung der Region (Infrastruktur, Wirtschaft, Tourismus),
- Ermöglichung von Fischzuchten in den Staudämmen.

Im Fall von Xalalá soll die Konstruktion voraussichtlich 350 bis 400 Millionen Dollar kosten. Laut der öffentlichen Ausschreibung von 2007 ist vorgesehen, dass sie von einer privaten Firma übernommen und durch 80% ausländisches und 20% nationales Kapital finanziert wird. Diese Firma soll auch die technischen, sozialen, wirtschaftlichen, juristischen und ökologischen Studien machen lassen, die erforderlich sind für die Durchführung des Projektes. Die ausführende Firma würde Xalalá während den nächsten 30 Jahre betreiben, die Energie ausschliesslich an das Nationale Elektrizitätswerk (INDE) verkaufen und danach diesem das Werk übergeben.

Allerdings stieg keine der ursprünglich interessierten Firmen – *AES* (USA), *Insagen* (Kolumbien), *Unión Fenosa*, *Iberdrola* und *Endesa* (Spanien), *Taiwan Power Company* (Taiwan), *Odebrecht* (Brasilien), *Enel* (Italien) – auf das Angebot ein. Neben finanziellen Motiven wurde die fehlende Unterstützung seitens der guatemalteckischen Regierung, um sich örtlichen Oppositionen entgegenzustellen, kritisiert. Auch wurden Zweifel über die Verkaufstarife, über mögliche Umweltschäden und Bevorzugung angegeben. Laut einer Studie der *Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit* (GTZ) Ende der 70er Jahre gibt es noch andere Kritikpunkte,

wie z.B., dass das fragliche Terrain wasserdurchlässige Erdschichten hat und in einem Erdbebengebiet liegt, dessen seismischer Aktivitäten man sich nicht sicher ist.

Nach letzter Anfrage beim INDE werden zur Zeit neue finanzielle Modalitäten gesucht, um das Projekt umsetzen zu können. Dementsprechend haben die wahrscheinlich betroffenen Gemeinden auch künftig keine Sicherheit über den Weitergang des Projektes Xalalá: darüber, wer und unter welchen Bedingungen verhandeln wird, ob die Betroffenen später auch Zugang zur Elektrizität hätten oder Sozialtarife angeboten werden, oder was der Staat, die Stadt und die Gemeinden daran verdienen würden. Gewiss ist einzig, dass die Konstruktion weiterhin geplant ist, trotz der 2007 von den Gemeinden durchgeführten Volksabstimmung, die eindeutig „Nein“ zu Xalalá sagt.

Beim Bau des Wasserkraftwerkes sind auch die **Konflikte der Franja Transversal del Norte** zu berücksichtigen. Das Projekt Xalalá befindet sich in einem Gebiet, welches viele der strukturellen Probleme des Landes materialisiert:

- Fehlen juristischer Gewissheit über Landverteilung und Besitzansprüche von Seiten der Gemeinden,
- Landstreitigkeiten und Rohstoffdispute (Lebensgrundlage und kosmologische Bedeutung für die indigenen Völker trifft auf Wirtschaftskonzepte der Regierung, die den Rohstoffabbau durch transnationale Firmen bevorzugt; die Infrastruktur ausbauen will, was aber nicht unbedingt den Interessen der indigenen Bevölkerung entspricht; die Konzentration von Land und Produktion von Agrarkraftstoffen befürwortet, was einen Lebensmittelmangel hervorruft),
- Hoher Grad an Straflosigkeit, vor allem bezüglich der Menschenrechtsverletzungen des Bürgerkrieges, was zu einem Klima von Unsicherheit und Spannungen führte,
- und Drogenhandel.

Die Region, in der Xalalá gebaut werden soll (die Gemeinde Ixcán), wird zu 81,9% (Zahlen von 2005) von indigener Bevölkerung bewohnt, hauptsächlich Q'eqchi'. Die Kolonisierung dieses Urwaldgebietes begann erst 1871 aufgrund der *Reforma Liberal*, setzte sich im II. Weltkrieg und den 60er Jahren fort, da die Region Platz bot, um Land suchende Bevölkerung aufzunehmen. In den 70er und 80er Jahren wurden Teile der Gemeinden vom Bürgerkrieg und der Politik der „tierra arrasada“ stark betroffen und die BewohnerInnen flohen entweder nach Mexiko oder in die Berge, wo sie sich in Widerstandsdörfern (CPR de la Sierra und del Ixcán) zusammenschlossen. Mit den Friedensabkommen kehrten diese Gruppen zurück, geschützt durch Verträge mit der Regierung, die ihnen auch unabstreitbar Land übergaben.

Da viele Familien schon seit ca. 100 Jahren in dieser Zone leben, gibt ihnen ein Gesetz das Recht, das Land, das sie seit mehr als 10 Jahren legitim bewohnen, als Eigentum zu beantragen – was aber von vielen versäumt wurde. Allerdings wurde dieses Recht durch das Dekret 60-70 eingeschränkt (1970 vom Kongress verabschiedet), welches Gebiete der FTN als Zonen der „ländlichen Entwicklung“, d.h. des Öffentlichen Interesses und von Nationaler Dringlichkeit erklärt. Das ist der Hauptgrund des Fehlens der juristischen Gewissheit über die Ländereien der gesamten FTN. Ausserdem widerspricht dieses Dekret dem Sinn des Artikels 67 der Verfassung und dem Abkommen über Identität und Recht der Indigenen Völker und ermöglichte, dass Personen die nicht aus der Region stammen, Land erwerben konnten.

Das Problem dieser Region ist Ausdruck eines der historischen Grundprobleme Guatemalas: der Landkonflikte. So genannte Megaprojekte, ob Wasserkraftwerke, Erdöl- oder Bergbauabbau oder Massivanbau von Pflanzen für die Biodieselproduktion, finden ihre Problematik unter anderem in eben dieser Ursache begründet und sind des weiteren wegen ihrer Folgen sehr umstritten.

Die **direkten Folgen der Konstruktion des Wasserkraftwerkes Xalalá** sind auf sozial-kultureller, ökologischer, sowie wirtschaftlicher Ebene zu erwarten:

- Überschwemmung von Gebieten in drei Gemeinden: Playa Grande und Uspantán im Department Quiché, und Cobán in Alta Verapaz,
- Die generierte Elektrizität wird in das SIEPAC einfließen, welches Mexiko bis Panama verbindet, somit exportiert und hat wahrscheinlich keinen Nutzen für die örtliche Bevölkerung,
- Verlust des Landes (und somit der Lebensgrundlage) der BäuerInnen, die im Überschwemmungsgebiet leben. Dies wird verstärkt durch massiven Anbau von Afrikanischer Palme zur Herstellung von Agrodiesel, und Industriemais, was ein Prozess von Landkonzentration initiierte. Letzteres kann durch Landverkauf, aber auch durch Zwangsvertreibung geschehen – aufgrund des Fehlens rechtlich gekläarter Besitzverhältnisse,
- Daraus folgend, Rückgang des Nahrungsmittelanbaus von dem die Familien bisher lebten,
- Verschmutzung der Gewässer und Verlust der Einnahme- und Nahrungsquelle durch Fischfang,
- Überschwemmung von Infrastruktur (Strassen, Brücken),
- Abweichung von traditioneller Lebensweise basierend auf der Kosmvision Maya, was das soziale Geflecht zerstören und psychische Probleme verursachen kann,
- Fehlen von Information über die Konstruktion des Wasserkraftwerkes und fehlende Verhandlungen zwischen Regierung und Betroffenen; Fehlen von Information zu möglichen Umweltschäden, wobei

man von Zerstörung von Flora und Fauna, Abholzung und Erosion ausgehen kann; Fehlen von einer Konsultierung der Betroffenen. So wie der Bau von Xalalá zur Zeit geplant ist, kommt dies der Verweigerung der Rechte auf Alimentation, Würde, Wasser und ein adäquates Leben, auf Information, Konsultierung und Mitbestimmung gleich, welche die Politische Verfassung, die Friedensabkommen und Internationale Konventionen garantieren.

Die elektrische Zukunft Guatemalas: Wasserkraftwerke und Privatisierung - Unión Fenosa?

Xalalá ist nicht das einzige geplante Wasserkraftwerk. Am 17.8. diesen Jahres genehmigte die CNEE Studien für das Wasserkraftwerk San Luis in der Gemeinde Chajul, Quiché, präsentiert von der Firma *Generación Limpia Guatemala, S. A.*, die der Gruppe *Unión Fenosa* gehört. *Unión Fenosa* hat noch weitere Zustimmungen für andere Projekte dieser Art bekommen: El Puente, in Jocotán, Chiquimula, (27 Megawatt); Cuatro Chorros, in Chicamán, Quiché, (41 Megawatt); El Volcán, in Senahú, Alta Verapaz, (26 Megawatt); und Cahabón, in Panzós, Alta Verapaz, (56 Megawatt).

Insgesamt wurden laut Óscar Arriaga, Chef der Abteilung der elektrischen Studien der CNEE, bis dato 37 hydroelektrische und 2 geothermische Projekte autorisiert, die zwischen 2009 und 2017 in Betrieb genommen werden sollen.

Wie im Fall von Xalalá verlaufen auch diese Projekte nicht ohne Proteste von Seiten der Bevölkerung. Es kam zum Beispiel zu Demonstrationen in der Region Ixil im Department Quiché und in Baja Verapaz stimmten Ende August die EinwohnerInnen von Chuarrancho gegen das Wasserwerk El Sisimite der Firma *Generadora Nacional Sociedad Anónima* (Genasa) ab, da man seismische Bewegungen befürchtet, die ca. 15'000 AnwohnerInnen betreffen würden.

Seit dem Allgemeinen Elektrizitätsgesetz von 1996 dividiert sich der Elektrosektor in drei Teile: Generierung, Transmission und Kommerzialisierung, welche teilweise oder ganz privatisiert worden sind. Die Verteilung der elektrischen Energie ist mittlerweile vollkommen privatisiert, zur Zeit in Händen von *Unión Fenosa* (spanische Gruppe, welche die beiden Elektrizitätsanbieter *Deorsa* und *Deocsa* führt) und *Iberdrola* (ebenfalls spanischen Ursprungs, die mit der Firma EEGSA in der Hauptstadt, Escuintla, Chimaltenango, und Coatepeque operiert). Zusammen mit dem INDE, übernehmen diese Firmen auch die Elektrifizierung der ländlichen Gegenden.

Allerdings nimmt der Unmut gegenüber *Fenosa* in verschiedenen Teilen des Landes zu. In den ersten fünf Monaten diesen Jahres reichten 90'358 GuatemaltekinInnen eine Beschwerde gegen *Unión Fenosa* ein, wie die CNEE informierte. Gründe sind Unterbrechungen der Stromzufuhr, Fehler in den Rechnungen und überteuerte Tarife – letzteres führte schon zu 78 Klagen beim Menschenrechtsprokurat (PDH).

Es ist also abzusehen, dass Privatisierungsprozesse sowie die Vergabe von Lizenzen zum Bau von Wasserkraftwerken ohne die Einwilligung der betroffenen Bevölkerung, in der Zukunft Konflikte auslösen wird.

Ein Beispiel aus der Geschichte Guatemalas: Stau- und Wasserkraftwerk Chixoy

An dem Fluss, an dem auch die Konstruktion von Xalalá geplant ist, wurde zwischen 1975 und 1983 im Department Alta Verapaz das Werk Chixoy gebaut, grösstes Wasserkraftwerk des Landes und bekannt vor allem aber durch die Geschehnisse zur Zeit der Erbauung: es verschwanden 24 Siedlungen und 3400 Menschen wurden umgesiedelt oder vertrieben, mehr als 6000 Personen verloren ihr Land. Strassen wurden überschwemmt und geheiligte Orte gingen verloren. Ausserdem wurden die AnwohnerInnen vorher nicht informiert, es gab keine Möglichkeit der Volksabstimmung und niemand der Betroffenen wurde je mit in die Planung einbezogen. Es existierten keine wirklichen Verhandlungen mit dem INDE und nicht das gesamte von dem Werk Chixoy beanspruchte Gebiet wurde legal erworben. Gemeindeführer kamen ums Leben und zwischen 1982 und 1983 kam es zu mehreren Massakern, wie z.B. in Río Negro, an Hunderten von Kindern, Frauen und Männern, die man als GegnerInnen des Wasserwerks einstufte. Man begründete dies mit Aufstandsbekämpfung. Mehr als ein viertel Jahrhundert nach der Eröffnung von Chixoy haben die meisten der Familien immer noch nicht den versprochenen Ausgleich bekommen, leben weiterhin in Armut und ohne Elektrizität. 2006 schafften die Familien der Betroffenen es, mit der Regierung Verhandlungen neu zu eröffnen, damit die Schäden, die durch die Errichtung von Chixoy verursacht wurden, verifiziert werden. Im Jahre 2008 wurden 5 Expatruilleros, verantwortlich für das Massaker von Río Negro, zu 780 Jahren Gefängnis verurteilt.

Zunahme von gewaltsamen Räumungen und von Ermordungen indigener Führungspersonen

Guatemala, 8. Sept. Mehrere Mitgliederorganisationen der *Nationalen Koordination der BäuerInnen-Organisationen* (CNOC) gaben Anfang September bekannt, dass in weniger als drei Monaten neun organisierte BäuerInnen in verschiedenen Teilen des Landes ermordet wurden. Diese neun Personen waren politisch aktiv und verfochten die Rechte der BäuerInnen-Bewegung. Die Ermordungen von indigenen und BäuerInnen-AnführerInnen sind ebenfalls im Zusammenhang mit einer Serie von gewalttätigen Räumungen von Fincas in

den letzten Wochen und Monaten zu sehen, welche ein Ausdruck der allgemeinen Agrarkonfliktivität Guatemalas sind.

Zum Beispiel in der Gemeinde Manaco in Puerto Barrios im Department Izabal: Hier werden laut Pérez Guzmán vom *Komitee für BäuerInneneneinheit* (CUC) mehr als 60 Familien von einem Viehzüchter bedroht. Diese Bedrohung wird durch Mitglieder der Zivilen Nationalpolizei (PNC), die Waffen gegen Gemeindemitglieder abfeuern, unterstützt. Ein anderes Problem, gerade aktuell durch die Nahrungsmittelkrise in Guatemala, ist, dass die Ernten der BäuerInnen während der oft gewalttätigen Räumungen zerstört werden.

Noch ein Beispiel sind die Räumungen vom 2. und 3. September in Panzos im Department Alta Verapaz: PNC, Militär und „Privatpersonen“ kamen um 6 Uhr morgens zur Gemeinde *8 de Agosto la Ceiba* und forderten die AnwohnerInnen auf - ohne einen Räumungsbefehl in der Hand zu haben - ihre Habseligkeiten binnen 30 Minuten zusammen zu sammeln. Danach wurden die Häuser zerstört. Und es wurde nach Angaben der *Koordination der nationalen Indígena- und BäuerInnenorganisationen* (CONIC) ein 15-jähriges Mädchen vergewaltigt. Während dieser Aktion wurden die Männer, Frauen und Kinder mit Waffen bedroht und rassistisch beschimpft. Auch wurden alle Wertgegenstände (Schmuck, Geld, Mais etc.) zwischen den „Rauschmeissern“ aufgeteilt und die Ernten zerstört. PNC und „Privatleute“ blieben noch bis nachts vor Ort, um die Finca zu schützen und schossen in die Luft, wodurch die Menschen, die am Rand der Strasse versammelt waren, in Panik versetzt wurden. Ausserdem bedrohte man sie nichts davon den Medien berichten. Am nächsten Morgen ging es dann weiter mit der Räumung von 27 Q'eq'chí-Familien der Gemeinde *Bella Flor*, welche an die am Tag zuvor geräumte Gemeinde angrenzt. Diesmal waren nicht einmal Mitglieder des Menschenrechtsprokurats (PDH) zugegen, die gewöhnlich zur Beobachtung und Einhaltung der Rechtmässigkeit solcher Aktionen da sind. Der Ablauf der Räumung war aber ähnlich gewaltsam wie jener am Tag zuvor. Auch hier wurden die Ernten zerstört. Die Firma *Cañera Chabil Utzaj* ging danach mit ihrem Traktor über die zerstörten Ernten, um das Land auf die Aussaat von Rohrzucker zur Herstellung von Ethanol vorzubereiten.

Carlos Morales von der CNOC gibt an, dass die BäuerInnen- und Indigenenbewegungen noch immer unter Verfolgung und Unterdrückung durch Politiken leiden, die von der aktuellen Regierung und der Oligarchie implementiert wurden um eben die Forderungen der Gemeinden nach Recht auf Leben, Nahrungsmittel und Landbesitz (oder wie ein Ausspruch der BäuerInnenvereinigung der Verapaces (UVOC) lautet: „Tierra, Tortillas y Libertad“) nicht nachkommen zu müssen. Das Grundproblem ist wie eh auf die ungeklärten Landeigentumsverhältnisse zurück zu führen. Es kommt immer wieder zu gewalttätigen Räumungen von Land, welches schon seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, besetzt war, da es leer stand und es für das Überleben der BäuerInnenfamilien notwendig war. Über die Anzahl der Räumungen existieren keine genauen Angaben, es sind jedoch mehr als zu Zeiten der vorherigen Regierung und laut Schätzungen der CNOC sind über 200 Gemeinden davon bedroht.

Erneuter Angriff auf die Lutherische Kirche in Zacapa

Guatemala, 4. Sept. In der Nacht vom 3. zum 4. September wurde das Gebäude *Casa del Campo* der Lutherischen Kirche Guatemalas (Ilugua) in La Trementina, Department Zacapa, vandalisiert. Pastor José Pilar Alvarez Cabrera informierte, dass unbekannte Personen während zwanzig Minuten versuchten, in das Haus einzudringen. Als es ihnen nicht gelang, zerbrachen sie Fenster, unterbrachen die Stromzufuhr und beschädigten den Stromzähler sowie ein Telefon. Glücklicherweise kam niemand zu Schaden.

Allerdings wird diese verbrecherische Tat als klarer Versuch betrachtet, Druck auf Ilugua auszuüben, da sie sich für den Schutz der Umwelt stark macht. Diese Arbeit beinhaltet, den *Verein zum Schutz des Berges Las Granadillas* zu begleiten und den Bau von drei Wasserkraftwerken im angrenzenden Jocotán und Camotán zu kritisieren, da diese die Wasservorkommen von Las Granadillas bedrohen. Die Folgen der Wasserkraftwerke sind Trockenheit, welche zu Ernterückgang und Hunger führt - was schon sehr gut die aktuelle Situation Zacapas beschreibt.

Schon seit sechs Jahren versucht der *Verein zum Schutz des Berges Las Granadillas* zusammen mit Ilugua, das Ökosystem zu retten, welches durch exzessiven Holzabbau und Monokulturen bedroht wird und die Wasserreserven schrumpfen lässt. Laut einer Studie, realisiert von dem Verein Ilugua und dem Kollektiv Madre Selva, gingen 70% der Waldfläche bereits verloren. Nun soll der Berg in eine Naturreserve umgewandelt werden. Dies stösst aber auf Widerstand aufgrund wirtschaftlicher Interessen, und der Verein und Pastor Pilar wurden schon mehrmalig bedroht, als sie versuchten, illegalen Holzabbau anzuzeigen. Dies ging sogar soweit, dass Pastor Pilar und zwei Vereinsmitglieder Anfang des Jahres rechtlich belangt wurden. Die Klage wurde aber in der ersten Gerichtsverhandlung fallen gelassen. Die neue Taktik der Einschüchterung und der Drohung heisst nun offenbar Einbruch und Sachbeschädigung.

Vermeintliche Mörder von Rosenberg gefasst

Guatemala, 12. Sept. Vier Monate nach der Ermordung von Anwalt Rodrigo Rosenberg und der Veröffentlichung seines spektakulären Videos (siehe ¡Fijáte! 435) wurden neun Personen festgenommen, denen die materielle Täterschaft an dem Mord zugeschrieben wird. Ein illustres Grüppchen, dem u.a. zwei ehemalige und zwei noch im Dienst stehende Polizisten, ein Ex-Militär sowie weitere mit dem organisierten Verbrechen und dem Drogenhandel verbandelte Männer angehören.

Wie Carlos Castresana, Leiter der internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala (CICIG), anlässlich einer Pressekonferenz bekanntgab, seien den Verhaftungen intensive Untersuchungen vorangegangen, an denen rund 260 internationale und nationale SpezialistInnen teilgenommen haben. Die Verhaftungen seien in erster Linie aufgrund von wissenschaftlichen Untersuchungen und Proben und nicht aufgrund von ZeugInnenaussagen vorgenommen worden.

Offenbar haben am Ort des Mordes positionierte Videokameras Aufnahmen von einem verdächtigen Fahrzeug festgehalten, worauf dessen Besitzer, Wiliam Santos Divas, dank "ameisenhafter Fleissarbeit" habe ausfindig gemacht werden können. Darauf wurden rund 12'000 Telefonanrufe, die von Divas Mobiltelefon aus getätigt wurden, geprüft und so die weiteren vermutlich in den Mord involvierten Personen gefunden.

Gemäss Castresano verlaufen parallel zu den Verhaftungen und Anklageformulierungen Untersuchungen über die intellektuellen Verantwortlichen des Mordes sowie über die Verbindungspersonen. Über den Verlauf dieser Investigationen könne aber aus Sicherheitsgründen keine Ergebnisse präsentiert werden. Ebenfalls werde die Verbindung zu den Morden an Khalil Musa und seiner Tochter Marjorie untersucht. Derweil würden die bisher Verhafteten festgehalten, nicht zuletzt weil sie offenbar kurz davor standen, zwei weitere Morde zu begehen. Grundsätzlich äusserte man sich in Guatemala zufrieden über die Verhaftung der mutmasslichen Täter. Man ist sich einig, dass ein so schneller "Erfolg" nur dank der Beteiligung der CICIG an den Untersuchungen möglich war.

Präsident Colom wollte direkt zu den Verhaftungen keine Stellungnahme abgeben. Auf die Frage, ob er und seine Familie sauber aus dieser Affäre kämen, meinte er gelassen: "Wie sollten wir dreckig daraus hervorgehen, wenn wir uns nie verschmutzt haben?"

¡Hijole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

800 unsichtbare Landepisten

Die Presse vom 31. August hatte es auf der Titelseite: In Guatemala gibt es 800 klandestine Landeplätze für Kleinflugzeuge. Guatemala, dessen Fläche kleiner ist als jene des Staates New York ist. Können Sie sich 800 klandestine Landepisten im Staate New York vorstellen? Aber keine Sorge, rund um diese versteckten Pisten operieren keine destabilisierenden Bauern und Bäuerinnen, deren Existenz von Goldminen oder grossen Wasserkraftwerken bedroht sind, auch keine Bauernorganisationen oder UmweltschützerInnen ... Es sind bloss die Pisten von Drogenhändlern. Spezielle Pisten, unsichtbar, genauso wie die Villa der Lorenzanas in einem kleinen Dorf in Zacapa (siehe ¡Fijáte! 424, Dorfentwicklung à la Drogenbosse").

Die sehr professionellen Sicherheitskräfte des Staates hätten diese Pisten im Nu gefunden, damals, wenn sie der Guerilla gehört hätten. Sie wären dagegen höchst professionell vorgegangen, so wie sie es heute machen, wenn BäuerInnen eine Finca besetzen. (So wie am vergangenen 20. August, als auf der Finca Dolores in Alta Verapaz 500 bewaffnete Elemente über eine unbedeutende Gruppe von 27 wehrlosen Familien herfiel.) Was wollen Sie – es geht schliesslich darum, das Vaterland zu schützen! Erinnern Sie sich, als die professionellen Sicherheitskräfte im Dienste des Vaterlandes diesen ungewöhnlichen Zylinder begleiteten, der auf der Panamericana transportiert wurde und diesem verfluchten transnationalen Unternehmen gehört, das 99% unseres Goldes abträgt und uns im Gegenzug ein paar mit Zyanid vergiftete Quellen hinterlässt? Zugegeben, schützen diese professionellen Sicherheitskräfte auch die Bevölkerung, in einem Land, das zu den gewalttätigsten des Planeten gehört. Die Ärmsten müssen zu Fuss oder auf einfachen Fahrrädern patrouillieren ... Aber Sie wissen ja auch, dass dies aufgrund der Sparmassnahmen der Regierung ist (Prensa Libre, 31. August 2009).

Die Strukturen des guatemalteckischen Staates sind auf Sand gebaut, wenn es darum geht, die BürgerInnen zu schützen. Sie sind jedoch aus Stahl, wenn es um das Vorantreiben der Interessen einiger weniger exklusiver Familien geht, Alliierte der Mafia und der transnationalen Unternehmen. Tatsächlich ist es das Markenzeichen des Staates seit dem 19. Jahrhundert: eine verzweifelte Kombination aus Sand und Stahl, im Dienste einiger wenigen.

Dieser ganze pseudodemokratische Diskurs wird auch in vielen anderen Staaten angewendet, zum Beispiel in Honduras: Das Flugzeug, das Präsident Zelaya im Pijama aus Honduras ausflog, machte nicht zufällig Station auf der Luftwaffenbasis von Palmerola, bevor es das Land verliess. Um Treibstoff auzutanken oder um das Okay der Gringos einzuholen?

Honduras ist in den Händen von 15 Familien die, genauso wie jene, die in Guatemala herrschen, alles kontrollieren: Die Medien, die Banken und die Agroindustrie, die gemäss Leticia Salomón, Expertin der Nationalen Universtität, 90% der nationalen Produktion ausmacht (Holz, Zucker, Ölpalme).

Es handelt sich um unheimliche Patrioten die, genauso wie in Guatemala, Präsidenten stellen und wieder absetzen und dafür sorgen, dass diese nicht einem unbequemen Nationalismus verfallen: "Ein so kleines Land wie Honduras kann sich den Luxus nicht leisten, eine Würde zu haben" (Ausspruch von Präsident Azcona del Hoyo, Ende der 80er-Jahre, zitiert von Ignacio Ramonet in rebelión.org vom 5. August 2009). Diese Unterwürfigkeit kennt man in Honduras schon seit langem, deshalb der Vorwurf der "Bananenrepublik". Ebefalls seit langem gibt es die weitverbreitete Armut, die heute 60% der Bevölkerung trifft.

Wie ein Glitzern im Dunkeln kam dann brillierend Manuel Zelaya, der versuchte, obwohl er einer grossen Latifundisten-Familien angehört, den gravierenden Gegensätzen des Landes zu begegnen: Er erhöhte den Mindestlohn, stoppte die Privatisierung von Elektrizität, Gesundheitswesen und Häfen und förderte die Partizipation der BürgerInnen. Hier stiess er an die Grenzen der Verfassung, die aus dem Jahr 1982, mitten im Kontext des kalten Krieges und der Doktrin der Nationalen Sicherheit stammt. Deshalb nahm sich Zelaya vor, einen Prozess einzuleiten, um die Magna Carta anzupassen, weil, wie er gegenüber der Zeitung El País vom 28. Juni 2009 erklärte, "die Armut kein Ende nimmt, solange die Gesetze nicht von den Armen geschrieben werden".

Die überraschende Aufmerksamkeit Zelayas gegenüber den Forderungen des Volkes wurde von Ignacio Ramonet als eine "beispielhafte Bekehrung" bezeichnet, von den Abgeordneten seines Land jedoch als "geistige Umnachtung" disqualifiziert. Sein Verhalten erinnert uns in Guatemala an die beiden glaubwürdigsten Präsidenten unserer Geschichte: Arévalo und Arbenz.

Kürzlich unterhielt ich mich mit SekundarschülerInnen über die Naturressourcen unseres Landes, als mich plötzlich jemand mit der Frage attackierte: "Und weshalb muss Guatemala, mit all den Ölvorkommen das es hat, Benzin importieren anstatt es zu exportieren"? Ich erinnerte mich an das berühmte Dekret 469 des Erdölgesetzes von Juan José Arévalo (1949), in dem die Bedingungen festgelegt waren, unter denen Ölgesellschaften ihre Raffinerien in Guatemala errichten konnten, so dass das Land innerhalb weniger Jahren sein eigenes Benzin hätte produzieren können. Mit dem Putsch der CIA im Jahre 1954 wurde dieser Traum zerstört und heute, anstatt selber Raffinerien zu besitzen, schenken wir den Ölfirmen 99% des Gewinns (dank eines Vermächtnisses eines aussergewöhnlichen Patrioten Namens Alvaro Arzú) und bezahlen für unser Benzin den Preis, den sie uns diktieren.

Aber gut, immerhin haben wir 800 klandestine Flugplätze.

¡Fijáte!

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

www.guatemala.de/Fijate

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-